

Antrag 61/I/2022**AK Polen****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt****Kein Geld für Putins Kriegskasse – Zusammenarbeit in der Energiepolitik mit Polen und der Ukraine stärken**

1 Der russische Angriffskrieg in der
2 Ukraine und die damit verbunde-
3 nen Gräueltaten auf Befehl des
4 russischen Präsidenten sind gra-
5 vierende Völkerrechts- und Men-
6 schenrechtsverstöße und müs-
7 sen sofort gestoppt werden. Da-
8 mit scheidet Russland als Ener-
9 gielieferant von Steinkohle, Erdöl
10 und Gas aus. Gleichzeitig muss
11 die Versorgungssicherheit garan-
12 tiert werden, ohne dabei die En-
13 ergiewende durch neue fossile
14 Infrastruktur zu konterkarieren
15 oder Energiearmut zu begünsti-
16 gen.

17 Damit die Unabhängigkeit von
18 russischem Gas machbar und
19 sozial vertretbar wird, muss das
20 Bundesministerium für Wirt-
21 schaft und Klimaschutz (BMWK)
22 nicht nur LNG (Liquefied Na-
23 tural Gas) - Kontingente aus
24 anderen Ländern vertraglich
25 sichern, sondern auch verstärkt
26 Synergien **mit existierenden EU-**
27 **ausländischen LNG-Terminals**

Erledigt durch Leitantrag

28 nutzen. Sonst besteht die Gefahr
29 eines Aufbaues kostenträchtiger
30 nationaler Überkapazitäten und
31 damit fossiler Investitionsruinen.
32 Dazu müssen wir viel stärker
33 mit unseren EU-Nachbarn
34 eine Kooperation bezüglich
35 der LNG-Terminalkapazitäten
36 ausbauen. Es sind neben den
37 LNG-Terminals in Zeebrügge,
38 Rotterdam und Spanien u.a.
39 auch der grenznahe LNG-Port
40 im polnischen Świnoujście in die
41 LNG-Versorgungskonzeption des
42 BMWK einzubeziehen. Zentrales
43 Thema ist dabei der Transport
44 in das deutsche Gasnetz, wie
45 z.B. durch Pipeline-Anbindungen
46 oder durch Transport auf der
47 Schiene. Dies gilt auch für Gas
48 aus der im Herbst fertig werden-
49 den Baltic Pipe von Norwegen
50 nach Niechorze-Pogorzelica. Das
51 könnte auch beispielgebend für
52 die EU sein, denn wir brauchen
53 nicht nur einen gemeinsamen
54 Strommarkt, sondern auch einen
55 gemeinsamen Markt für Gas und
56 zukünftig für die regenerativen
57 Energien.

58 Gerade der Fall PCK Schwedt
59 zeigt leider deutlich, was es heißt,
60 von einem einzigen Energielie-
61 feranten abhängig zu sein, der

62 zudem noch ein Kriegstreiber
63 ist. Deshalb müssen Polen und
64 Deutschland für West-Polen und
65 die ostdeutschen Länder eine
66 gemeinsame zukunftsfähige
67 Energiepolitik initiieren, die kurz-
68 fristig die Energieversorgungs-
69 sicherheit durch Kooperationen
70 von Öl-Lieferungen über polni-
71 sche und deutsche Ostseehäfen
72 ermöglicht, mittelfristig aber
73 gemeinsam Konzepte entwickelt
74 und umsetzt, die auf die De-
75 carbonisierung, z.B. durch den
76 Einsatz von H2 setzt. Nur so wird
77 PCK Schwedt eine Zukunft haben
78 und Arbeitsplätze für die nächste
79 Generation gesichert.

80 Wir fordern, dass die Bundesre-
81 gierung sich dafür einsetzt, dass
82 es mit Polen und der Ukrai-
83 ne eine gemeinsame Energiepo-
84 litik geben soll. **Wir fordern die**
85 **Deutsch-Polnische Regierungs-**
86 **kommission auf, sich stärker**
87 **dem Thema Energie zu widmen**
88 **und dafür eine eigene Arbeits-**
89 **gruppe Energie ins Leben zu ru-**
90 **fen. Für die Oder-Partnerschaft**
91 **der deutsch-polnischen Grenz-**
92 **region fordern wir die Ausgrün-**
93 **dung eines Runden Tisches En-**
94 **ergie & Klima.**

95

96 Begründung

97 Da der kurzfristige Ausbau zum
98 kompletten Ersetzen von Erdgas
99 von notwendigen erneuerbaren
100 Energien innerhalb mehrerer
101 Monate nicht machbar ist, muss
102 die deutsche Gasversorgung
103 auf LNG (Liquefied Natural Gas)
104 umgestellt werden, das per
105 Tanker aus den USA, Katar,
106 Norwegen transportiert und
107 in speziellen LNG-Terminals
108 entladen und regasifiziert wird.
109 Deutschland hat keine solchen
110 LNG-Terminals und ist damit
111 auf Terminals in anderen euro-
112 päischen Ländern angewiesen.
113 Deshalb hat die Bundesregierung
114 entschieden, zwei schwimmende
115 LNG-Terminals in Wilhelmsha-
116 ven und Brunsbüttel zu bauen,
117 die Entscheidung für ein drit-
118 tes Terminal steht noch aus.
119 Um den sehr ambitionierten
120 Zeitplan einer Inbetriebnahme
121 ab 2023 einzuhalten, bringt
122 die Bundesregierung ein LNG-
123 Beschleunigungsgesetz in den
124 Bundestag ein. Es soll Genehmi-
125 gungsverfahren beschleunigen,
126 insbesondere durch die Um-
127 gehung der Umweltverträglich-
128 keitsprüfung.
129 Das BMWK berücksichtigt mögli-

130 che LNG-Terminals in Zeebrügge,
131 Rotterdam sowie in Spanien,
132 wobei nur die ersten beiden
133 Pipeline-Verbindungen in das
134 deutsche Gasnetz haben. Die
135 Anbindung der spanischen
136 LNG-Ports an die mitteleuropäi-
137 sche Gasleitungsinfrastruktur
138 ist kurzfristig nicht machbar,
139 da es erhebliche geologische
140 wie auch politische Hemmnisse
141 gibt. Dagegen gibt es in nächs-
142 ter Nähe einen hochmodernen
143 LNG-Port im polnischen Swinou-
144 jście, der 2016 eröffnet worden
145 ist und jetzt schon erweitert
146 wird. Bisher findet dieses LNG-
147 Terminal der Polskie LNG S.A.
148 beim BMWK keine Beachtung,
149 obwohl Deutschland auf einen
150 schnellen Ausstieg aus dem
151 russischen Gas auf sehr viele
152 LNG-Ports angewiesen ist.

153